

Angaben und weitere Besondere Vertragsbedingungen (wBVB) zur Baumaßnahme und Baustelle (Ergänzung zu 214.H Besondere Vertragsbedingungen)

Hinweis: Nachfolgend bedeutet „AG“ Auftraggeber und „AN“ Auftragnehmer.

01 ALLGEMEINES

01.01 Bauvorhaben und Bauherr

Bauvorhaben: Energetische Sanierung und barrierefreier Umbau Rathaus Meitingen
Zur Förderung in EFRE vorgesehen.
Geschäftszeichen VZB: 34.2-4654.13-6/1

Baugrundstück: Schloßstraße 2
86405 Meitingen

Flur-Nr.: 260

Bauherr: Markt Meitingen
Vertreten durch den 1. Bürgermeister Herrn Dr. Michael Higl
Werner-von-Siemens-Str. 18a
86405 Meitingen

01.02 Grundstück – Lage und Erschließung

Das Rathaus Meitingen liegt im Zentrum von Meitingen und ist im Süden durch die Schloßstraße erschlossen und im Norden durch die Parkstraße (über die Römerstraße). Der Hauptzugang ist über den Rathausplatz zugänglich. Im Westen grenzt ein öffentlicher Platz mit Wasserspiel an das Rathaus; in nordwestlicher Fortsetzung daran befindet sich der Schlosspark, in westlicher Fortsetzung daran ein großer Parkplatz. Östlich des Rathauses liegt ein Wohn- und Gewerbebau, sowie eine zum Teil öffentlich genutzte und zum Teil privat genutzte Tiefgarage. Vom Rathaus aus gibt es einen direkten Zugang zur Tiefgarage.

01.03 Beschreibung der Bestandssituation

Beim Rathaus Meitingen handelt es sich um einen teilunterkellerten Bestandsbaukörper aus den späten 70er Jahren. Das charakteristische, äußere Erscheinungsbild wird dominiert durch weit auskragende Satteldach- und Pultdachflächen mit Ziegeldeckung, sowie in größeren Teilen umlaufende Fluchtbalkone und großzügige Verglasungen in der Außenhülle. Beim Gebäudetragwerk handelt es sich um einen Stahlbeton-Skelettbau. Im Untergeschoss wird die Geschossdecke überwiegend von Wandscheiben aus Stahlbeton getragen, im Erdgeschoss und Obergeschoss überwiegend unterzugsfrei von Stahlbetonstützen. Der sichtbare und die Innenräume stark prägende Dachstuhl im 1. Obergeschoss liegt überwiegend auf Stahlbetonträgern auf. Die nicht tragenden Innenwände sind als Systemtrennwände ausgeführt, die aus einer Metall-Unterkonstruktion und einer schreinermäßigen Beplankung aus beschichteten Holzwerkstoffplatten bestehen. In Teilen großzügige Verglasungen ab Oberkante der Innentüren prägen den inneren Raumeindruck. Die Betonbauteile sind nur gestrichen (nicht verputzt) und bei den Bodenbelägen handelt es sich in großen Teilen um

Teppichbeläge – nur in der großen Halle im EG und den Sanitärräumen finden sich Fliesen, im Großen Sitzungssaal und im Trausaal Parkett. Das Gebäude- und auch das Dachtragwerk sind sensibel zu behandeln und statisch in den meisten Fällen nahezu komplett ausgereizt.

01.04 Geplante Maßnahme und Eckdaten zum Gebäude

Das Rathaus Meitingen soll in erster Linie energetisch saniert werden. Damit einhergehend werden alle bestehenden Fenster- und Fassadenflächen durch Elemente mit entsprechenden U-Werten ersetzt und alle Außenwände im Erdgeschoss und Obergeschoss gedämmt. Zum Abschluss der thermischen Hülle nach unten wird die Decke über UG gedämmt. Die bestehende Dachziegeldeckung wird rückgebaut und aus energetischen und gewichtstechnischen Gründen durch eine Aufdachdämmung und eine Blecheindeckung ersetzt. Außerdem wird auf Teilen der Dachflächen eine PV-Anlage montiert. Die Haustechnische und elektrische bzw. mediale Ausstattung wird komplett erneuert und um mechanische Belüftungssysteme ergänzt. Um die Anforderungen an die Barrierefreiheit zu erfüllen, wird ein neuer Aufzug eingebaut, der während der Baumaßnahme aber noch nicht zur Verfügung steht und verschiedene kleinere bauliche Anpassungen. Im Inneren werden ansonsten die bestehenden Oberflächen z.T. überarbeitet, die bestehenden Bodenbeläge werden durch neue ersetzt. Die Estrichaufbauten bleiben aber in großen Teilen des Gebäudes erhalten. Außerdem wird der bestehende Sanitärkern im Osten erweitert und einzelne Trennwände zwischen Büros versetzt. Die umfassendsten Umbauarbeiten im Inneren gibt es in dem momentan als Bibliothek genutzten Bereich: Hier entsteht ein Bürgerbüro mit eigenem Eingangsbereich und Servicearbeitsplätzen. Eine Schadstoffsanierung, sowie einzelne bauliche Brandschutzmaßnahmen vervollständigen das Maßnahmenpaket.

Flächen BGF :	Untergeschoss in Teilbereichen - ca. 850m ² Erdgeschoss – ca. 1500m ² Obergeschoss – ca. 1500m ²
Geschosshöhen:	Untergeschoss – ca. 2,75m Erdgeschoss – ca. 3,15 Obergeschoss – ca. 2,90 bis OK Betonträger; Raumhöhen aufgrund des sichtbaren Dachstuhls je nach Situation bis ca. 7m
Gebäudeklasse:	GK 3 Sonderbau (gemäß Baybo)

01.05 Topographie

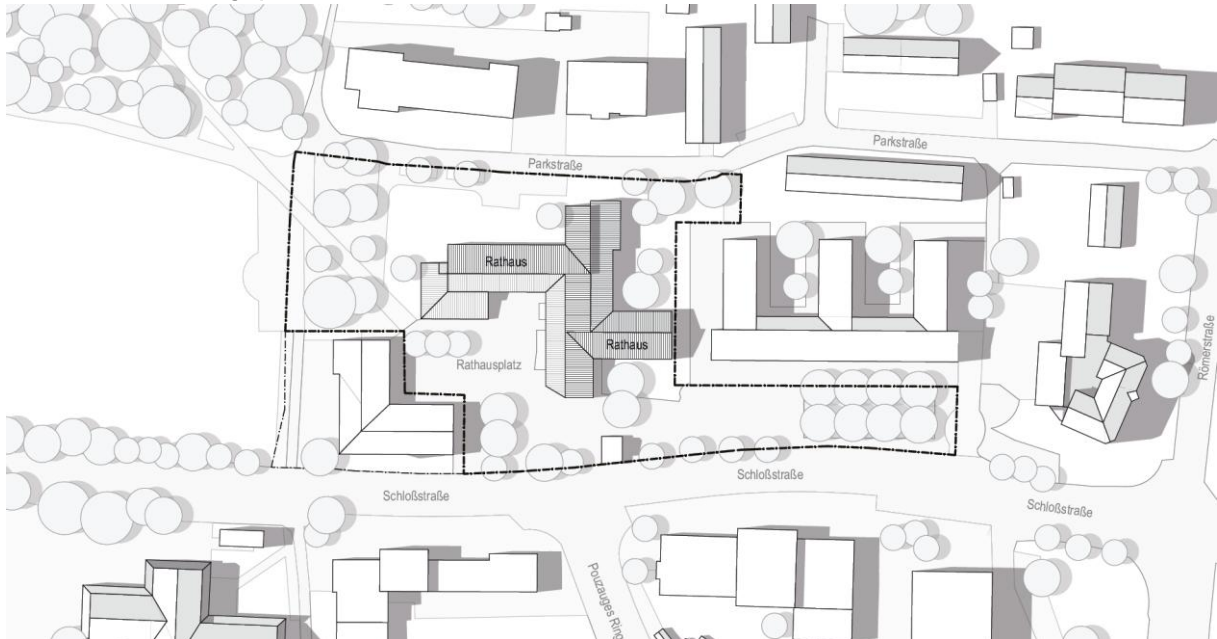
Von der Schloßstraße zum Rathausplatz steigt das Gelände leicht um ca. einen Meter an; grundsätzlich kann das Gelände aber als überwiegend flach beschrieben werden.

01.06 Objektüberwachung, (Fach-)Bauleitung des AG

Der AG hat für die Objekt- bzw. Bauüberwachung Architekten sowie Fachingenieure beauftragt. Die erforderlichen eigenen Leistungen der Fachbauleitung des AN bleiben hiervon unberührt. Der AN hat mit den Bauleitungen des AG im Sinne der Baustelle und zur Erfüllung seiner vertraglichen Leistungen zusammen zu arbeiten. Den Anordnungen der Bauleitungen des AG ist Folge zu leisten.

02 BAUSTELLENBETRIEB

02.01 Lageplan



Adresse: Schloßstraße 2, 86405 Meitingen
Geländehöhe: OKFFB EG = $\pm 0.00 = +431,13$ m ü. NN
Schneelastzone: 1a
Wind: Windzone 2

02.02 Zufahrt zur Baustelle

Die Anfahrt zur Baustelle erfolgt über die Parkstraße im Norden. Die Baustellenzufahrt, die Lage der Baukörper sowie Baustelleneinrichtungsflächen können dem beiliegenden Baustelleneinrichtungsplan entnommen werden. Der Rathausplatz darf nicht befahren oder als Lagerfläche benutzt werden; Wochenmarkt und andere Veranstaltungen finden auch während der Bauphase auf dem Rathausplatz statt.

02.03 Sicherheitsmaßnahmen

Während des Befahrens der Baustelleneinfahrten/Baustellenausfahrten hat der AG Warnposten abzustellen um in umsichtiger Weise vor Verkehrsbeschränkungen oder Gefahrstellen zu warnen. Das Baufeld wird durch einen Bauzaun über den gesamten Bauzeitraum abgegrenzt. Im Zufahrtsbereich gibt es eine Zugangsmöglichkeit mit einer Öffnungsbreite von ca. 4,0 m.

02.04 Lagerflächen, Transportwege und Parkmöglichkeiten

Flächen für Baustelleneinrichtung und Materiallagerung sind dem Baustelleneinrichtungsplan zu entnehmen. Die überlassenen Flächen sind während der Bauzeit eigenverantwortlich zu unterhalten und nach Abzug wieder in den übergebenen Zustand zu versetzen. Beim Aufstellen von AN-Containern sind die Bestimmungen des Landratsamtes Augsburg und des

Marktes Meitingen zu beachten. Die Einrichtungen auf dem gesamten Baugelände dürfen nicht zu Wohn- oder Schlafzwecken verwendet werden. Nutzung und Rückbau ist der Objektüberwachung jeweils 10 AT vorher schriftlich anzuzeigen. Bestehende Vegetationsflächen innerhalb der Baustelle, Wurzelbereiche von Bäumen bis zu 1,50m außerhalb des Kronenbereiches und sonstige Pflanzflächen dürfen nicht befahren werden. Außerdem sind die im BE-Plan angegebenen Bereiche zu beachten, unterhalb derer sich Tiefgarage oder der bestehende Öltank befinden – hier ist das Befahren nur bis zu den im BE-Plan angegebenen Maximalgewichten möglich und das Aufstellen von Geräten, die die Maximallast übersteigen – z.B. Kränen u.ä. - ist untersagt!

Parkflächen stehen innerhalb der Baustelle **nicht** zur Verfügung; lediglich das Be- und Entladen ist möglich. Das Parken ist zeitlich begrenzt im öffentlichen Straßenraum möglich; zeitlich unbegrenztes Parken ist möglich auf dem öffentlichen Parkplatz westlich der Baustelle (siehe dazu Übersichtsplan auf BE-Plan); die Zufahrt erfolgt von der Hauptstraße aus.

Die Organisation und die Vorhaltung für sämtliche vertikale und horizontale Transportwege innerhalb und außerhalb des Gebäudes liegt im Verantwortungsbereich des Auftragnehmers. Dies ist bei der Kalkulation der einzelnen Positionen entsprechend zu berücksichtigen. Die vertikale Erschließung erfolgt, solange das Gerüst steht, über außenliegende Gerüst-Treppen und generell über außen- und innenliegende Stahlbeton-Treppen. Ausbaugewerken steht nach Rückbau des Fassadengerüsts nur die Erschließung über außen- und innenliegende Stahlbeton-Treppen zur Verfügung. Ein Aufzug im Gebäudeinneren steht **nicht** zur Verfügung.

02.05 Materialanlieferung und Bauschutt, Verpackung, Müll

Verpackungsmaterial, sämtlicher anfallender Müll und Bauschutt sind vom jeweiligen Unternehmer eigenverantwortlich zu entsorgen.

Materialien, Maschinen und Geräte sind dem Arbeitsfortschritt entsprechend auf die Baustelle zu bringen. Anlieferungsort, Standort sowie Be- und Entladung sind mit der Objektüberwachung abzustimmen. Der Auftragnehmer hat Materiallieferungen so zu disponieren, dass eine Annahme durch Personal des Auftragnehmers erfolgt. Die Objektüberwachung nimmt keine Materiallieferungen für ausführende Firmen entgegen. Bei Materiallieferungen, insbesondere durch Drittfirmen, ist dafür Sorge zu tragen, dass in den Lieferpapieren, über die Bezeichnung der Baumaßnahme hinaus, immer die Empfängerfirma (Auftragnehmer) angegeben ist.

Baustoffe und Material dürfen nur im Bereich der mit Bauzaun eingezäunten Flächen gelagert werden.

02.06 Gesamtnutzlast auf Decken mit Fußbodenaufbauten

Da die bestehenden Fußbodenaufbauten mit geringen Estrichstärken in großen Teilen des Gebäudes bestehen bleiben sollen und nur partiell rückgebaut und neu erstellt werden, sind während des Baustellenbetriebs nur geringe Flächenlasten von max. 200kg/m² zulässig. Punktförmige Lasten sind nicht zulässig, es ist für eine gleichmäßige Lastverteilung zu sorgen.

02.07 Baustrom

Das Einrichten und Vorhalten der Baustromversorgung, inkl. entsprechender Beantragung, erfolgt mittels Baustromverteilerkasten durch das Gewerk Elektro. Der Anschluss hierfür

erfolgt über den örtlichen Energieversorger. Die Unterverteilung ist Sache der einzelnen Auftragnehmer. Die Lage des E-Verteilerkastens ist im Baustelleneinrichtungsplan dargestellt. Die Kosten werden gemäß Punkt 02.10 anteilig auf den AN umgelegt.

02.08 Bauwasser

Das Einrichten, Vorhalten und Rückbauen des Bauwasseranschlusses erfolgt über das Wasserwerk Meitingen. Die Übergabestelle weist einen Durchmesser von 3/4" auf. Die Unterverteilung des Bauwassers obliegt den Auftragnehmern.

02.09 Toilettenanlagen

Toilettenanlagen werden in Form von Chemie-Toiletten durch Auftraggeber eingerichtet und während der gesamten Baumaßnahme unterhalten. Auf entsprechende Sauberkeit der Anlagen ist durch alle Auftragnehmer zu achten.

Die Miet- und Aufstellkosten der Toilettenanlagen werden anteilig auf die Auftragnehmer der Ausbaugewerke umgelegt.

02.10 Verbrauchskosten – Umlage

Verbrauchskosten für Strom, Wasser/Abwasser sowie die Miet- und Aufstellkosten und Unterhaltskosten der Toilettenanlagen werden anteilig mit gesamt 0,4 % der Netto-Schlussrechnungssumme auf die Auftragnehmer der Gewerke umgelegt.

02.11 Baustellenbesetzung, Arbeitszeiten

Der Auftragnehmer hat eine durchgehende und qualifizierte, deutschsprachige Bauleitung vor Ort sicherzustellen. Die Arbeitszeiten vor Ort sind auf folgende Zeiträume beschränkt:

Montag bis Samstag von 7.00Uhr bis 20.00Uhr nach AVV.

Arbeiten außerhalb dieses vorgegebenen Zeitfensters sind vor Ort grundsätzlich ausgeschlossen.

02.12 Baustellenbesprechung

Alle auszuführenden Arbeiten sind in enger Zusammenarbeit mit anderen Gewerken auszuführen. Eine Absprache über die zeitliche Abfolge der Arbeiten sowie Klärung bei Schnittstellen ist daher zwingend erforderlich. Der Auftragnehmer hat zu den Baustellenbesprechungen, die durch den Auftraggeber, bzw. dessen Bevollmächtigten durchführt werden, einen geeigneten, bevollmächtigten, deutschsprachigen Bauleiter zu entsenden. Die Teilnahme an den wöchentlich stattfindenden Jour-Fixe Terminen ist für alle Gewerke verpflichtend.

02.13 SiGeKo, BaustellV, DGUV

Der Auftraggeber beauftragt einen Koordinator für Sicherheit und Gesundheitsschutz nach BaustellV. Die entsprechende Baustellenordnung wird mit Auftragsvergabe an den Auftragnehmer übergeben und wird somit auch Vertragsbestandteil. Der Auftragnehmer hat unmittelbar nach Auftragserteilung eine Gefährdungsbeurteilung seines Gewerks in digitaler Form an die Objektüberwachung zu übergeben.

Bei der Durchführung der Arbeiten sind die einschlägigen Gesetze, Verordnungen, EG-Recht, ASR (= Technische Regeln für Arbeitsstätten) und Technische Regeln sowie Vorschriften, Regeln und Informationen der Berufsgenossenschaften zu berücksichtigen. Gemäß der

"Verordnung für Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (BaustellV) vom 10.06.1998 hat der AG einen Koordinator bestellt (§ 4 BaustellV).

Die Sicherheits- und Gesundheitsschutzpläne werden dem AN in der jeweils aktuellen Fassung digital übergeben. Er hat die in den Sicherheits- und Gesundheitsschutzplänen enthaltenen Elemente bei der Ausführungsplanung und bei allen auszuführenden Arbeiten einzuhalten.

Grundsätzlich gelten neben den DGUV auch alle einschlägigen staatlichen Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Technischen Regeln wie z. B. folgende Vorschriften und Verordnungen:

ArbSchG, ASiG, ArbZG, ArbStättV, GefStoffV, BioStoffV, BetrSichV BaustellV, Arbeitsschutzgesetz, Arbeitssicherheitsgesetz, Arbeitszeitgesetz, Arbeitsstättenverordnung, Gefahrstoffverordnung, Biostoffverordnung, Betriebssicherheitsverordnung, Baustellenverordnung.

02.14 Spartenerkundigungspflicht

Es obliegt dem AN grundsätzlich und ohne Einschränkung die Spartenerkundigungspflicht. Über die auf den Baustellenflächen befindlichen Sparten hat der AN bei den zuständigen Stellen genaue Angaben einzuholen. Sollten Leitungen überbaut oder verstellt werden, muss zuvor die Genehmigung der entsprechenden Stellen eingeholt werden. Sollten zusätzliche Ver- und Entsorgungsleitungen festgestellt werden, so ist unverzüglich die Objektüberwachung zu informieren und mit Vorsorgemaßnahmen der entsprechenden Situation Rechnung zu tragen.

02.15 Güteüberwachung und Materialökologie

Der AG kann jederzeit Nachweise darüber verlangen, dass die zur Anwendung vorgesehenen Baustoffe und die angewandten Verfahren den Normen und/oder den geforderten Qualitäten entsprechen.

Die Nachweise sind zu erbringen durch:

- Prüfzeugnisse amtl. oder anerkannter Prüfinstitute
- bauaufsichtliche Zulassungen
- Gutachterliche Stellungnahmen anerkannter Güteprüfstellen
- Rechnerische oder vergleichbare Nachweise
- Grenz-, Ausfallmuster, Werkanalysen
- Güteüberwachung nach Bestimmungen o. Zulassungen

Diesbezüglichen Aufforderungen des AG ist unverzüglich, spätestens jedoch nach 3 Werktagen nachzukommen.

Die Vorgaben der Materialökologie sind vom Bieter in seinem Angebot zu berücksichtigen. Der AN hat sich an die hier beschriebene Materialökologie in der Ausführung eigenverantwortlich zu halten. Der Objektüberwachung und den ausführenden Firmen müssen vor Arbeitsbeginn die Datenblätter / Nachweise der Materialien (Lacke und Lackierungen, Kleber, Verfügungsmaterial, Grund- und Trägerplatten, Anstriche, Dämmungen, etc.) vorliegen. Die Überprüfung der Datenblätter / Nachweise der Materialien mit den Vorgaben der hier beschriebenen Materialökologie ist Sache des AN.

02.15.1 Feinstaub / gesundheitsgefährlicher Staub

Das "Merkblatt zur Staubminderung bei Baustellen" der Regierung von Oberbayern ist zu beachten. Die Staubentwicklung ist weitgehend zu vermeiden. Bei Maschineneinsatz sind staubarme, abgestimmte Bearbeitungssysteme (Maschine und Mobilentstauber) zu verwenden,

die den allgemeinen Staubgrenzwert von 3 mg/m³ für die alveolengängige (A-) Fraktion sowie 10 mg/m³ für die einatembare (E-) Fraktion einhalten. Entsprechende Maschinen sind von der BG BAU als "Typ I - Gerät" klassifiziert und unter www.gisbau.de veröffentlicht. Werden gesundheitsgefährliche mineralische Stäube oder andere Gefahrstoffe freigesetzt, sind die notwendigen Maßnahmen der jeweiligen Technischen Regel Gefahrstoffe (TRGS 505, 519, 521, 559 u.a.) und der Gefahrstoffverordnung festzulegen.

2.15.2 Formaldehyd, CMR-Stoffe, Holz, Holzschutzmittel

Um unzumutbare Formaldehydkonzentrationen zu vermeiden, ist die Richtlinie "Klassifizierung und Überwachung von Holzwerkstoffplatten bezüglich der Formaldehydabgabe" (DIBT-Richtlinie 100) zu befolgen. Der Nachweis über die Emissionsklasse der Holzwerkstoffplatten ist vor Zuschlagserteilung vorzulegen. Produkte, bei denen im Produkt- und Sicherheitsdatenblatt krebserzeugende (cancerogene), erbgutverändernde (mutagene) und fortpflanzungsgefährdende (reproduktionstoxische) Inhaltsstoffe aufgeführt sind, sind ausgeschlossen. Um Terpene in der Innenraumluft zu vermeiden, dürfen keine stark harzhaltigen Nadelhölzer (insbesondere Kiefer) sowie Holzwerkstoffe (Kiefernsperrholz, OSB-Platten) verwendet werden. Der Nachweis über verwendete Materialien (Datenblatt) muss jederzeit erbracht werden können. Durch den AG werden zur Kontrolle Innenraumluftmessungen durchgeführt. Alle verwendeten Holzprodukte müssen nach FSC, PEFC oder gleichwertig zertifiziert sein oder die für das Herkunftsland geltenden Kriterien zudem des FSC oder PEFC einzeln erfüllen. Es müssen - bei gleicher Eignung - möglichst umweltverträgliche Produkte und Verfahren verwendet werden. Dabei ist die Einstufung entsprechend dem Produkt-Code der Bauberufsgenossenschaft zu Grunde zu legen. Holzschutzmittel für nichttragende Bauteile müssen das RAL-Prüfzeichen der Gütegemeinschaft Holzschutzmittel e.V., für tragende Bauteile das Prüfzeichen des Deutschen Instituts für Bautechnik aufweisen. Behandlungen mit Holzschutzmitteln sind grundsätzlich im Produktionsbetrieb des AN vorzunehmen. An der Baustelle sind sie nur im Ausnahmefall nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers erlaubt. Das jeweilige Produkt- und Sicherheitsdatenblatt ist auf Anforderung vorzulegen.

2.15.3 Kleber, sonstige Verlegewerkstoffe

Grundsätzlich dürfen nur lösemittelfreie/-arme Verlegewerkstoffe (Voranstriche, Leime, Kleber, Spachtel etc.) verwendet werden. Dabei sind die Einstufungen entsprechend dem Giscode der Bauberufsgenossenschaft zu Grunde zu legen und die Vorgaben der Technischen Regeln für Gefahrstoffe TRGS 610 zu berücksichtigen. Kann auf lösemittelhaltige Produkte an der Baustelle nicht verzichtet werden, so dürfen sie nur bei gleichzeitiger, mechanischer Lüftung verwendet werden. Das jeweilige Produkt- und Sicherheitsdatenblatt ist auf Anforderung vorzulegen.

2.15.4 Künstliche Mineralfasern (KMF)

Produkte mit Künstlichen Mineralfasern (KMF) müssen, entsprechend der Gefahrstoffverordnung, Anhang IV Nr. 22 (2), die Anforderungen erfüllen: Kanzerogenitätsindex (KI) > 40 oder Halbwertszeit < 40 Tage. Sie sind in Akustikdecken- und Putzsystemen, soweit technisch möglich, zu vermeiden. Beim Umgang mit Mineralwolle-Dämmstoffen ist die TRGS 521 zu beachten.

2.15.5 Montageschaum

Das Verwenden von Montageschaum und sonstigen Ortschäumen ist ausgeschlossen (ggf. Ausnahme bei WDVS, Dämmplattenfugen). Polyvinylchlorid (PVC) / Chlorchemische Produkte
Auf den Einsatz von chlorchemischen Produkten ist zu verzichten.

2.15.6 Schaumkunststoffe

Produkte aus Schaumkunststoffen müssen FCKW- und HFCKW-frei sein.

Melaminharzschaumstoffe und ähnlich Formaldehyd-freisetzende Produkte sind nicht zugelassen (z. B. als Akustikplatten).

2.15.7 Trennmittel

Es dürfen nur Trennmittel verwendet werden, die biologisch schnell abbaubar sind und dem Umweltzeichen RAL-UZ 64 entsprechen. Auf technisch notwendige Ausnahmen ist die Bauleitung hinzuweisen.

2.15.8 Silikone (Verfugung), Öle und Wachse:

Zur Vermeidung von 2-Butanonoxim im Innenraum ist der Einsatz von oximvernetzenden Silikon-Fugendichtstoffen (Oximosilanvernetzer) ausgeschlossen. Das Produkt- und Sicherheitsdatenblatt der verwendeten Verfugung ist auf Anforderung vorzulegen. Der AN sichert den Einbau erprobter, mängelfreier, ungebrauchter und normgerechter Materialien und Baustoffe sowie deren vorschriftsgemäßen Einsatz zu. Materialien mit krebserzeugenden, erbgutverändernden und fortpflanzungsgefährdenden Inhaltsstoffen sind generell ausgeschlossen. Die Verwendung von HBCD-haltigen Materialien ist nicht gestattet.

2.16 Werbung

Das Anbringen eigener Firmenschilder ist weder an Gerüsten, Bauzaun sowie im Bereich des Baugrundstückes zulässig. Auf der vom Auftraggeber aufgestellten Bautafel können auf eigene Kosten Firmenschilder als Firmenleisten gemäß Vorgaben des AG befestigt werden.

2.17 Ausführungsunterlagen

Der Auftragnehmer erhält zur Arbeitsvorbereitung und mit Ausführungsbeginn Ausführung seiner Leistungen Ausführungsunterlagen einfach in Papierform. Zusätzliche Ausführungsunterlagen und / oder Planänderungen werden ausschließlich in digitaler Form ausgegeben. Der AG behält sich vor, den Austausch aller Ausführungsunterlagen (AG + AN) über einen externen Datenserver erfolgen zu lassen.

2.18 Sonstige Angaben

Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass während der Ausführung seiner Leistungen immer mindestens ein fließend deutschsprechender Mitarbeiter seiner Firma auf der Baustelle anwesend ist. Zu den auf der Baustelle vorzuhaltenden Ausführungsunterlagen zählt neben den Ausführungsplänen auch eine Ausfertigung der jeweiligen Leistungsbeschreibung des Gewerks des Auftragnehmers.

2.19 Bauwesenversicherung

Der Auftraggeber schließt eine Bauwesenversicherung mit 500 Euro Selbstbeteiligung pro Schadensfall ab. Die Selbstbeteiligung ist im Schadensfall vom Verursacher zu tragen. Die Kosten für die Bauwesenversicherung werden anteilig mit 0,3 % der Netto-Schlussrechnungssumme auf die Auftragnehmer umgelegt.

03 Abrechnungen, Zahlungen, Aufmaß

03.01. Rechnungsstellung

Die Rechnungen sind kumulierend zu erstellen, d. h., jede Abschlags- bzw. Schlussrechnung muss die gesamte bis dahin erbrachte Leistung beinhalten. **Auf jeder Rechnung muss der vollständige Projekttitel des Bauvorhabens gemäß 01.01. angegeben werden.**

Der Leistungszeitpunkt muss genannt sein.

03.02. Rechnungstellung gemäß prüfbarem Aufmaß

Abschlagsrechnungen müssen nach den tatsächlich ausgeführten Leistungen und prüfbaren Aufmaßen aufgestellt und eingereicht werden.

Abschlagsrechnungen ohne prüffähiges Aufmaß werden nicht anerkannt.

03.03. Rechnungsweg, Art und Ort der Einreichung

Das Original der Rechnung geht in digitaler Form an: **e-rechnungen@markt-meitingen.de**.

Des Weiteren geht die gedruckte Originalrechnung zur Prüfung in 1-facher Ausfertigung per Post und in Kopie per Mail in digitaler Form an die Objektüberwachung bzw. zuständige Fachbauleitung

Rechnungen werden grundsätzlich nur per Post eingereicht. Rechnungen werden auf der Baustelle nicht angenommen und gelten somit nicht als überstellt.

Für die Bestimmung des Datums des Rechnungseingangs ist ausschließlich der Posteingangsstempel auf dem Original der Rechnung maßgeblich.

03.04. Endaufmaß

Das Endaufmaß ist vor dem letzten Abnahmetermin einzureichen.

03.05. Einreichung Schlussrechnung

Die Schlussrechnung ist mit folgenden prüffähigen Unterlagen vorzulegen:

- Schlussrechnung als Original in einfacher Ausfertigung (einfach Bauleitung)
- Massenaufstellung in einfacher Ausfertigung (einfach Bauleitung),
- Abrechnungszeichnungen in einfacher Ausfertigung (einfach Bauleitung),
- Lieferscheine nach Zeit geordnet in einfacher Ausfertigung (Originale!)
- Leistungszettel nach Zeit geordnet in einfacher Ausfertigung (Originale!)

Die Lieferscheine und Regiestundenzettel sind listenmäßig zu erfassen.

An dieser Stelle wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Voraussetzung für die Stellung der Schlussrechnung die erfolgreiche Abnahme der Leistung, sowie die erfolgte Vorlage der vollständigen Übergabeunterlagen/Dokumentation ist.

03.07. Rechnungsabzüge

Die beiliegenden VHB-Formblätter sind zu beachten.

04. Nachtragsaufträge und zusätzliche Arbeiten

Nachträge gemäß § 2 VOB/B sind in schriftlicher Form postalisch bei der Objektüberwachung einzureichen. Nachtragsangebote sind chronologisch zu nummerieren und in der Art des Leistungsverzeichnisses nach der jeweiligen Titel- und Kostengruppe zu gliedern.

05. Stundenlohnarbeiten

Leistungen im Stundenlohn werden grundsätzlich nur dann vergütet, wenn sie vor ihrem Beginn vereinbart werden.

Bei Stundenlohnarbeiten müssen folgende Nachweise enthalten sein:

- Art der ausgeführten Leistung
- Ort und Datum sowie die Dauer der Arbeiten (mit Uhrzeitangabe)
- Anzahl der eingesetzten Arbeitskräfte
- Materialverbrauch
- bei Maschinen- und Kfz-Einsatz Angaben zum Typ

Die Prüfung durch die Bauleitung stellt keine Anerkennung der Stundenlohnarbeiten dar. Stellt sich bei späterer Prüfung heraus, dass die berechneten Arbeiten in den Vertragspreisen enthalten sind, oder zu Nebenleistungen gehören, so werden die Kosten trotz Prüfung der Stundenlohnberichte durch die Bauleitung nicht vergütet. Bei etwaiger Doppelzahlung besteht Rückerstattungspflicht.

Die Regieberichte sind wöchentlich dem AG, der Objektüberwachung oder entsprechenden Fachbauleitung vorzulegen. Sollten sie nicht rechtzeitig vorgelegt werden, werden sie nicht mehr anerkannt.

06 Abtretungen

Die Abtretung von Forderungen aus dem Vertrag bedarf in jedem Fall der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG.

07 Schriftform

Alle mit dem Vertrag in Zusammenhang stehenden rechtserheblichen Erklärungen müssen, um wirksam zu werden, schriftlich abgegeben werden. Der Schriftform bedarf also auch jede Änderung oder Ergänzung der vertraglichen Vereinbarungen.

08. Vertreter des AN / regelmäßige und fortlaufende Teilnahme an Baustellen-Jour-fixen

Der AN hat über die gesamte Bauzeit hinweg einen bevollmächtigten Vertreter zu stellen und zur Verfügung des AG und der Objektüberwachung zu halten. Dieser Vertreter muss fachkundig und als verantwortlicher Bauleiter u. a. berechtigt sein, Weisungen in Empfang zu nehmen und auszuführen. Er muss über eine mindestens 3-jährige Baustellenerfahrung verfügen. Er hat an den wöchentlichen Baubesprechungen (Baustellen-Jour-fixe) teilzunehmen.

Der Vertreter des AN hat das Baustellentagebuch im Durchschreibeverfahren zu führen und der Objektüberwachung wöchentlich zur Baubesprechung unaufgefordert vorzulegen. Darin ist die erbrachte Bauleistung zu beschreiben sowie Bericht über Baufortschritt, Verzögerungen, besondere Vorkommnisse, Abnahme und Abschluss von Arbeiten, die Zahl der am Bau Beschäftigten u. ä. zu erstatten. Eintragungen in den Bautagesberichten bzw. dem Baustellentagebuch gelten nicht als Behinderungs-, Bedenken- oder Mehrkostenanzeigen. Der vorgenannte Vertreter des AN muss die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Der Austausch des Vertreters des AN durch den AN ist dem AG schriftlich anzuzeigen.

09 Verträge mit ausländischen Firmen

Bei Beauftragung ausländischer Firmen ist der AN verpflichtet, während der gesamten Ausführungszeit einen autorisierten Ansprechpartner für die Objektüberwachung auf der Baustelle vorzuhalten, der die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrscht und berechtigt ist, Anweisungen und Erklärungen der Objektüberwachung entgegenzunehmen sowie Erklärungen des AN abzugeben.

10 Ausführungsunterlagen (VOB/B § 3)

Die Zeichnungen und Berechnungen der Architekten/Fachingenieure werden digital auf der Bayernbox zur Verfügung gestellt, zu der der AN für sein jeweiliges Gewerk eine Leseberechtigung erhält. Die Planunterlagen auf der Bayernbox werden durch die Architekten/Fachingenieure laufend aktualisiert. Auf Wunsch des AN können sie ihm über den ersten Plansatz hinaus in Papierform zur Verfügung gestellt werden, wobei die Kosten der AN trägt.

Firmenzeichnungen sind für die Ausführung nur verbindlich, wenn sie den entsprechenden Freigabevermerk der Architekten/ Ingenieure tragen „Auf Übereinstimmung mit Architekten-/Fachplanung geprüft“. Werden gemäß Vertrag vom Architekten/Fachingenieur für die Ausführung Zeichnungen, Berechnungen und andere Unterlagen zur Verfügung gestellt, so gehört es zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung, dass der AN sie gemäß VOB/B § 3.3 auf etwaige Unstimmigkeiten überprüft und den AG auf entdeckte oder vermutete Mängel, auf jeden Fall vor Beginn der Arbeiten (und/oder Fertigung), hinweist. Unterlässt der AN dies, und sollte daraus ein Mangel entstehen, so haftet der AN dafür.

Abweichungen gegenüber der festgelegten Planung dürfen nur nach vorheriger Rücksprache mit dem Bauherrn und der Objektüberwachung/Fachbauleitung und nach deren schriftlicher Zustimmung getroffen werden. Alle für seine Leistungen benötigten Pläne und Berechnungen hat der AN vom AG zeitgerecht anzufordern. Sofern sie der AN nach VOB anzufertigen und zu ergänzen hat, sind diese eigenverantwortlich vom AN zu erstellen sowie erforderliche Aufmaße auf der Baustelle vorzunehmen.

Die vom AN zu erstellenden Werkstattzeichnungen sind anhand der zur Verfügung gestellten Planunterlagen anzufertigen und dem AG bzw. der Bauleitung rechtzeitig vor Beginn der Ausführung nach folgendem Schema vorzulegen:

- **Erster Prüflauf:** Das erste Prüfaxemplar (ungeprüfte Werkstattzeichnung als .pdf und .dwg) sendet der AN zur Prüfung an den Architekten/Fachingenieur. Bei Anpassungsbedarf erhält der AN ein Exemplar zurück, das den Vermerk trägt „Geprüft mit Aufforderung zur Anpassung und Wiedervorlage“. Eventuell vermerkte Korrekturen sind in die Ausführungspläne (Werkstattzeichnungen) einzuarbeiten und dem Architekten/Fachingenieur als Datei (.pdf und/oder .dwg) zur Freigabe vorzulegen.
- **Zweiter Prüflauf / Weitere Prüfläufe:** Beim zweiten Prüflauf (bzw. jedem ggfs. weiteren Prüflauf, der erforderlich wird) wiederholt sich das Schema des ersten Prüflaufs, bis die durch den AN vorgelegte Werkstattzeichnung den folgenden Vermerk erhält: „Auf Übereinstimmung mit Architekten-/Fachplanung geprüft“.

Die Werkstattzeichnungen sind zeitgerecht vor Freigabe bzw. Fertigungsbeginn vorzulegen. Als Zeitraum für den ersten Prüflauf sind dem Architekten/Ingenieur 10 Arbeitstage und für jeden weiteren Prüflauf 5 Arbeitstage einzuräumen. Diese Zeitbedarfe sind vom AN bei Erstellung und Einreichung seiner Zeichnungen zu beachten. Bezüglich Fristen, die über einen

Jahreswechsel laufen wird festgelegt, dass zwischen dem 24. Dezember eines Jahres und dem 06. Januar des darauffolgenden Jahres keine Tage als Arbeitstage gezählt werden.

11 Terminkontrollgespräche

Einmal wöchentlich werden auf der Baustelle Terminkontrollgespräche durchgeführt. Die Teilnahme eines Vertreters des AN ist während der Ausführungszeiten des AN sowie 2 Wochen vor Ausführungsbeginn Pflicht. Darüber hinaus besteht Teilnahmepflicht bei Aufforderung durch die Objektüberwachung.

Bzgl. Bestell- und Lieferfristen ist der AN verpflichtet, innerhalb von 2 Wochen nach Beauftragung eine Aufstellung der voraussichtlichen Lieferzeiten an die Bauleitung übergeben und ist verpflichtet, diese bei Änderungen bzw. Verzögerungen zu aktualisieren.

12 Ausführungsterminplan

Der AN ist verpflichtet, auf Grundlage des durch die Bauleitung zur Verfügung gestellten Bauzeitenplans innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Auftragsvergabe einen detaillierten Ausführungsterminplan für seine Leistungen vorzulegen. Die Objektüberwachung wird diesen Ausführungsterminplan prüfen und ggfs. erneut mit dem AN abstimmen. Mit der Bestätigung bzw. der Freigabe des Ausführungsterminplans werden die darin enthaltenen Einzel- und Fertigstellungsfristen Vertragsbestandteil.

Der AG ist berechtigt, durch Beschleunigungen bzw. Verzögerungen im Bauablauf bedingte Verschiebungen vorzunehmen. Diese neuen Terminfestlegungen werden nach rechtzeitiger Bekanntgabe (12 Werktage vor Ausführungsbeginn) an den AN, mit seiner Zustimmung, Vertragsbestandteil.

13 Bauzeit im Winter

Bei vorgesehenen Ausführungsarbeiten in den Wintermonaten hat der AN seine Leistungen zu schützen und seinen Arbeitsplatz – Gelände bzw. Außenanlagen – von Schnee und Eis zu befreien, soweit dies für die Weiterführung und den Schutz seiner Vertragsleistung erforderlich ist. Die Kosten hierfür sind einzukalkulieren, soweit es sich um Nebenleistungen gem. VOB/C handelt.

14. Störungen des Bauablaufs

Die Leistungserbringung erfolgt grundsätzlich innerhalb der vereinbarten Fristen. Der Arbeitskräfteeinsatz ist entsprechend so zu kalkulieren, dass die Gesamtleistung innerhalb der geforderten Fristen fertiggestellt werden kann. Ein gleichmäßiger durchgängiger Bauablauf kann jedoch nicht garantiert werden. Gewerkebedingte Arbeitsunterbrechungen im üblichen Umfang sind daher einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

15 Vor Beginn der Ausführung auf der Baustelle

Es ist Aufgabe des AN, sich 5 Arbeitstage vor Beginn seiner Arbeiten an der Baustelle vom Zustand und dem Stand der Vorleistungen zu unterrichten. Kommt der AN zu dem Schluss, dass er mit dem vorgesehenen Beginn seiner Arbeiten behindert ist, so hat er sofort die Objektüberwachung schriftlich zu informieren, damit eventuelle Behinderungen noch rechtzeitig beseitigt werden können.

16 Betriebsferien

Betriebsferien sind dem AG vor Auftragsvergabe bekannt zugeben sowie im Ausführungs-terminplan des AN einzutragen. Bei Baumaßnahmen, deren Ausführungsfristen ganz oder teilweise in Ferienzeiten fallen, verpflichtet sich der AN bei Angebotsabgabe, seine Leistungen unterbrechungsfrei durchzuführen. Bei Arbeiten an und in bestehenden Gebäuden gilt dies auch dann, wenn bauseits zu vertretende Bauzeitenverschiebungen eingetreten sind.

17 Versicherungen

Der AN hat vor Auftragserteilung eine ausreichende Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen nachzuweisen:

- a) für Personenschäden 2.000.000,- EUR
- b) für Sach- und Vermögensschäden 1.000.000,- EUR

Vom AN ist der Nachweis darüber zu führen, dass sämtliche in Frage kommenden Risiken durch seine Betriebshaftpflicht gedeckt sind. Falls die Deckungssumme und der Deckungsumfang der Grundversicherung des AN nicht ausreichen, kann ein entsprechendes Angebot der Versicherung nach Wahl des AN vorgelegt werden. Der AN muss im Auftragsfall den erhöhten Versicherungsschutz zusichern. Die Kosten sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

Im Rahmen der Betriebshaftpflichtversicherung müssen zudem bis zur Höhe der Deckungssumme nachfolgende Schadensfälle mitversichert sein:

- allmähliche Einwirkung der Temperatur von Gasen, Dämpfen, Feuchtigkeit und Niederschlägen (Rauch, Ruß, Staub u. dgl.),
- Abwässer,
- Überschwemmungen.

18 Abnahmen

Die Voraussetzung für die Abnahme ist die vollständig abgeschlossene Leistung, dazu gehören:

- Abgeschlossene Inbetriebnahme
- gewerkeübergreifende Einregulierung,
- Einweisung des Betreibers,
- erforderliche Abnahmen durch Sachverständige,
- Bestandsunterlagen inkl. Fachunternehmererklärung gemäß Angaben zur Bestandsdokumentation

Für Abnahmen sind Fachpersonal, Messgeräte, Prüfeinrichtungen etc. beizustellen.

19 Datenschutz

Der AN erhält während seiner Tätigkeit auf der Baustelle ggf. Kenntnis über personenbezogene Daten von Dritten. Der AN untersagt für sich, seine Mitarbeiter und von ihm beauftragte Firmen eine Verarbeitung dieser Daten des AG (Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Daten - Datengeheimnis entsprechend § 5 BDSG). Das Datengeheimnis besteht auch nach Beendigung des Auftrages fort.

20 Gerichtsstand

Gerichtsstand ist der Sitz des AG.

21 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig sein oder infolge Änderung der Gesetzeslage oder durch höchstrichterliche Rechtsprechung oder auf andere Weise ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig werden oder weist dieser Vertrag Lücken auf, so sind sich die Parteien darüber einig, dass die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages davon unberührt und gültig bleiben. Für diesen Fall verpflichten sich die Vertragsparteien, unter Berücksichtigung des Grundsatzes von Treu und Glauben an Stelle der unwirksamen Bestimmung eine wirksame Bestimmung zu vereinbaren, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahe kommt und von der anzunehmen ist, dass die Parteien sie im Zeitpunkt des Vertragsschlusses vereinbart hätten, wenn sie die Unwirksamkeit oder Nichtigkeit gekannt oder vorhergesehen hätten. Entsprechendes gilt, falls dieser Vertrag eine Lücke enthalten sollte.

- Ende der weiteren Besonderen Vertragsbedingungen -